Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 43. Steinheim, Sonnabend, den 7. Mai 1921. 28. Jahrgang.

Neue Postbestimmungen.

Wichtige Aenderungen der Postordnung.

Mit dem 1. Mai sind verschiedene Aenderungen der Postordnung in Kraft getreten. In erster Linie handelt es sich um Bestimmungen über die Beschaffenheit und den Inhalt der Postsendungen. So werden Briefsendungen von der Beförderung ausgeschlossen, deren Aufschrift nicht der Langseite des Umschlages gleichgerichtet ist. Weiter wird verordnet, daß bei solchen Sendungen, auf denen die Aufschriften oder Aufgabezettel schlecht haften, (Eimer, Körbe, Kannen, Säcke usw.) Fahnen verwendet werden müssen, die wenigstens 12 Zentimeter lang und 8 Zentimeter breit sind. Die Rückseite ist freizulassen. Zur Verhütung des Abreißens sind die Oesen durch eine haltbare Einfassung zu schützen.

Den Inhalt der Postsendungen betr. ist angeordnet worden, daß dem Verlangen der Rücksendung auf Gefahr des Absenders eines Pakets mit leicht verderblichem Inhalt, z. B. frischen Blumen, für den Fall der Unbestellbarkeit entsprochen wird, wenn nicht die Beschaffenheit des Inhalts (übler Geruch, Absondern von Feuchtigkeit u. dergl.) die Rücksendung ohne weiteres ausschließt. — Randfeuerpatronen bis zu einem Manteldurchmesser von 9 Millimeter und Lefaucheur-Revolverpatronen sind jetzt zur Postbeförderung zugelassen; sie müssen jedoch in Einzelpackungen von höchstens 50 Stück geschieden sein.

Ueber besondere Postsendungen sind folgende Bestimmungen erlassen: Postaufträge und Nachnahmen — auch Briefsendungen (ausgenommen Päckchen) — sind jetzt bis zum Höchstbetrag von 5000 Mk. zugelassen. Bei Postaufträgen zur Geldeinziehung, bei Protestaufträgen und bei Nachnahmesendungen nach dem Landbestellbezirk über mehr als 1000 Mark tritt an Stelle der Vorzeigung des Postauftrags oder der Nachnahmesendung eine schriftliche Benachrichtigung des Berechtigten. — Für Postsendungs- oder Zeitungsabholer ist jetzt eine jährliche Postausgabegebühr von 12 Mark zu entrichten. Die Gebühr ist vierteljährlich vorauszuentrichten.

Die übrigen Bestimmungen zur Postordnung beziehen sich auf Befugnisse der Postbeauftragten. So sind die Landbesteller jetzt ermächtigt, die Einlieferungsbescheinigung über die von ihnen angenommenen Sendungen selbst zu erteilen. Der Einlieferer oder Auftraggeber ist nicht mehr berechtigt, sich von der Eintragung in das Annahmebuch des Landbestellers zu überzeugen oder die Eintragung selbst vorzunehmen. Auch Sendungen an Angestellte von Behörden können nach besonderem Abkommen mit der zuständigen Behörde an Beauftragte ausgehändigt werden. Wer ein besonderes Abkommen wegen Prüfung der Empfangsberechtigung (§ 48 des Postgesetzes) beantragt, hat dafür eine Behandlungsgebühr von zwei Mark zu entrichten. — Ein Verkauf von Postwertzeichen durch die Ortsbesteller findet nicht mehr statt.

Wie eingangs erwähnt, sind alle diese Bestimmungen bereits am 1. Mai in Kraft getreten und sie sind besonderer Beachtung würdig, da sie zum Teil ganz neue Wünsche der Postverwaltung an das Publikum enthalten.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 6. Mai 1921.

:: **Der Reichswirtschaftsrat über die Brotversorgung.** Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung hat zu der Regierungsvorlage über die Regelung des Verkehrs mit Getreide ein Gutachten erstattet, das sich grundsätzlich für das sogenannte „Umlageverfahren" ausspricht. Die gebundene Wirtschaft auf dem Gebiete der Brotgetreideversorgung schon jetzt durch die vollkommen freie Wirtschaft zu ersetzen, hält der Ausschuß für unmöglich, ebenso unmöglich allerdings auch die Fortführung der gegenwärtigen Form der Getreidebewirtschaftung. Bei der grundsätzlichen Zustimmung zu dem auf dem Umlageverfahren aufgebauten Regierungsentwurf wird vorausgesetzt, daß sich bei Beginn des neuen Wirtschaftsjahres eine erhebliche Getreidereserve in den Händen der Reichsgetreidestelle befinden werde. Weiter gibt der Ausschuß der Erwartung Ausdruck, daß die vorhandenen Möglichkeiten zur Herbeiführung eines erträglichen Brotpreises für die rationierten Brotmengen benutzt werden. Gegenüber der Gefahr, daß nach Art und Beschaffenheit minderwertiges Getreide bei Erfüllung der Umlagepflicht abgeliefert und das bessere Getreide dem freien Verkehr zugeführt wird, sind Bestimmungen vorzusehen, die diese durchaus vermeidbaren Folgen des Umlageverfahrens abwenden. Das in dem Entwurf vorgesehene Verfütterungsverbot muß als vollkommen wirkungslos abgelehnt werden. Zur Beseitigung von Notständen und zur Verhinderung spekulativer Preistreibereien muß die Beschlagnahme von Brotgetreidemengen ermöglicht werden. — Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft bezeichnet den Regierungsentwurf als völlig unannehmbar für die Landwirtschaft, da er nicht einen Uebergang zur freien Wirtschaft, sondern eine Verschärfung der Zwangswirtschaft darstelle.

:: **Produktive Erwerbslosenfürsorge.** Sowohl der Deutsche Reichstag wie auch der Preußische Landtag beschäftigten sich in ihren Sitzungen am 3. Mai mit dem Problem der Erwerbslosigkeit. Im Reichstage waren von der Linken Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge und Neuregelung der Kurzarbeit gestellt worden, die eine lebhafte Debatte entfesselten, an der sich Vertreter fast aller Fraktionen beteiligten. Von keiner Seite wurde verkannt, daß die Erwerbslosen in ihrer unverschuldeten Notlage unbedingt der Unterstützung des Reiches bedürfen, wobei allerdings betont wurde, daß diese Unterstützung niemals so hoch sein dürfe, daß sie den Anreiz zur Arbeit ausschalte. Sozialistische Anträge wollten in allen Betrieben Kurzarbeit eingeführt wissen, wobei dem Kurzarbeiter zwei Drittel des ausgefallenen Verdienstes von dem Arbeitgeber bezahlt werden sollen. Demgegenüber wurde von anderer Seite eingewandt, daß dieses Verfahren leicht zum allgemeinen 6-Stunden-Arbeitstag führen könne, der für alle Betriebe nicht angebracht sei. — Im Preußischen Landtage lagen der Beratung ähnliche Anträge zu Grunde. Wie im Reichstage, so wurde auch hier betont, daß eine Belebung der Bautätigkeit viel Möglichkeiten in sich berge, um eine wirksame produktive Erwerbslosenfürsorge durchzuführen. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß das Reich bereits 1100 Millionen zu diesem Zwecke bewilligt habe. Zu einem endgültigen Abschluß der Erwerbslosendebatte sind beide Häuser nicht gekommen.

:: **Wahltermin der verfassunggebenden Kirchenversammlung in Preußen.** Für die Wahlen zur verfassunggebenden Kirchenversammlung der altpreußischen Landeskirche hat der Evangelische Ober-Kirchenrat die Tage vom 25. bis 27. Juni bestimmt. Sie werden vollzogen von den Mitgliedern der im Januar und Februar neugewählten kirchlichen Körperschaften.

:: **150 Millionen Rheinzoll.** In der letzten Sitzung des Obersten Rates wurde von dem Ergebnis der wirtschaftlichen Sanktionen, die die letzte Londoner Abmachung beschlossen hat, Kenntnis genommen. Die Zollgrenze am Rhein hat in einem Monat 150 Millionen Papiermark geliefert. Man schätzt den ganzen Betrag auf 500 Millionen Goldmark pro Jahr.

:: **Die Rheinpolizei unter Kontrolle der Interalliierten Rheinlandkommission.** Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Verordnung über die Zuständigkeit der Interalliierten Rheinschiffahrtskommission erlassen. Danach wird der gesamte deutsche Polizeidienst auf dem Rheinstrom einschl. der Wasserbauverwaltung unter die Kontrolle der Interalliierten Schiffahrtskommission für die besetzten rheinischen Gebiete bestellt. Die Verordnung tritt sofort in Kraft

Nach Amerikas Absage.

Nun ist auch die letzte Hoffnung zerstört. Die amerikanische Regierung erblickt in den überaus weitgehenden deutschen Reparationsvorschlägen keine für die alliierten Regierungen angemessene Grundlage der Erörterungen und erklärt sich daher außerstande, die Vermittlung zwischen Deutschland und den Alliierten zu übernehmen. Präsident Harding legt der deutschen Regierung nahe, sofort der Entente klare, bestimmte, zweckentsprechende Vorschläge unmittelbar zu machen, die „in jeder Beziehung ihren angemessenen Verpflichtungen gerecht werden".

Deutlicher konnte die Absage der amerikanischen Regierung kaum sein. Schon die Verzögerung der Antwortnote gab zu denken. Offenbar wollte Harding erst die Stimmung der Alliierten erkunden, und als man in Washington zu der Ueberzeugung kam, daß Paris und London die letzten Anregungen der deutschen Regierung nicht einmal der Erörterung wert hielten, verzichteten die Amerikaner alsbald auf die undankbare Rolle des Vermittlers, wie sie bereits vorher das Schiedsrichteramt abgelehnt hatten.

Die ablehnende Haltung Amerikas ist um so begreiflicher, als die Washingtoner Regierung auf die gegenwärtige Stimmung des amerikanischen Volkes Rücksicht nehmen mußte, die jeder Einmischung Amerikas in europäische Dinge abhold ist. Harding selbst hatte bei seinem Amtsantritt dieser Strömung Rechnung tragen müssen und in seiner ersten Botschaft die Fernhaltung Amerikas von allen europäischen Verwicklungen als Grundrichtung seiner Außenpolitik bezeichnet.

Für die Handlungsweise Hardings dürfte aber noch ein zweiter, bedeutend wichtigerer Grund maßgebend gewesen sein. Die amerikanische Regierung ist zweifellos der Auffassung, daß sie mit der Zusage Briands in London, daß Frankreich ins Ruhrgebiet nicht einmarschieren werde, falls Deutschland die Bedingungen der Entente annehme, das Ziel ihrer bisherigen Vermittlung erreicht hat. Schließlich — und das ist die größte Enttäuschung für die deutsche Regierung, — denkt Harding über die Leistungsfähigkeit Deutschlands genau so wie seine Alliierten. Auch er hält die deutschen Vorschläge für ungenügend und steht auf dem Standpunkt, daß Deutschland fähig ist, die Londoner Bedingungen zu erfüllen. Mit einer glatten Handbewegung wird daher das letzte deutsche Angebot, das nach Ansicht der maßgebenden Persönlichkeiten unseres Wirtschaftslebens die deutsche Leistungskraft schon weit übersteigt, abgetan. Gleichzeitig wird der deutschen Regierung der Rat gegeben, sich an die Alliierten selbst zu wenden und neue Vorschläge zu machen, die unseren Verpflichtungen entsprechen.

So sind wir uns wieder allein überlassen. Der aus eigenster Initiative der Reichsregierung entsprungene, ohne jede Mitwirkung des Parlaments unternommene Versuch, die Vereinigten Staaten als Vermittler oder Schiedsrichter in der großen Streit- und Schicksalsfrage zu gewinnen, ist gescheitert. Inzwischen hat die Alliiertenkonferenz in London ein neues Diktat ausgearbeitet, um Deutschland zur sofortigen und vorbehaltslosen Anerkennung der Ententeforderungen zu zwingen. Bis zum 12. Mai wird uns Frist gegeben. Ist bis dahin die bedingungslose Unterwerfung nicht erfolgt, dann sollen die französischen Divisionen in das Ruhrgebiet einrücken. Gibt es noch einen Ausweg? Kann und darf die deutsche Regierung angesichts der Beschlüsse des Obersten Rates überhaupt noch „befriedigende" Vorschläge machen, nachdem man ihr letztes Angebot völlig unbeachtet gelassen hat? Eine ungeheure Verantwortung lastet in diesem Augenblick auf den Schultern der deutschen Regierung. Das Reichskabinett hat bis jetzt noch keine Entscheidung gefällt. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat es die außen- und innerpolitische Lage auf Grund des vorliegenden Nachrichtenmaterials durchgesprochen. Zu einer endgültigen Beurteilung habe das Material jedoch nicht ausgereicht. Eine klare Uebersicht über unsere Lage wird sich erst nach Eintreffen der endgültigen Mitteilungen aus London gewinnen lassen.

Das Londoner Diktat.

Ein befristetes „Protokoll".

Die Beratungen der Alliierten stehen vor dem Abschluß. Das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen wird jetzt in einem „Protokoll" zusammengefaßt, das in den nächsten Tagen der deutschen Regierung zur sofortigen Beratung übergeben werden soll. Ueber den Verlauf der letzten Besprechungen liegt folgender amtlicher Reuterbericht vor:

— London, 4. Mai. Der Oberste Rat kam gestern nach fünfstündiger Sitzung zu einer vollständigen Uebereinstimmung über den Inhalt der Deutschland zu übersendenden Mitteilungen. Der Redaktionsausschuß trat gestern abend zusammen, um das Protokoll aufzustellen. Eine weitere Sitzung des Obersten Rates wird heute nachmittag stattfinden.

Die Reparationskommission ist aus Paris nach London herbeigerufen worden. Sie wird Deutschland das Protokoll nicht später als am 6. Mai übersenden, und Deutschland muß spätestens bis zum 12. Mai, nachts 12 Uhr, antworten.

Die Einzelheiten des Ultimatums.

Zu den finanziellen Einzelheiten des Protokolls — das Wort Ultimatum wird in der Reutermeldung geflissentlich vermieden, wohl um den Zwangsmaßnahmen der Alliierten jeden feindseligen Charakter zu nehmen — ist noch nachzutragen, daß die Ausgabe der ersten Schuldbons über 12 Milliarden für den 1. Juli, die Ausgabe der zweiten Schuldbons über 50 Milliarden für den 1. November gefordert wird. Die erste feste Jahreszahlung von 2 Milliarden soll in Monatsraten erfolgen.

Vierzehn Tage nach Inkrafttreten des „Uebereinkommens" ist eine Milliarde Goldmark entweder in bar oder in dreimonatigen Scheks und Wechseln der deutschen Banken auf London, Paris, Newyork zu erlegen. (Die Auslieferung des Goldes alls würde also demnach nicht mehr unbedingt gefordert.)

Die Garantiekommission soll gleichfalls binnen vierzehn Tagen errichtet werden. Sie soll angeblich keine Befugnis haben, sich in die innere Verwaltung Deutschlands einzumengen. Aber die deutsche Regierung muß ihr von allen beabsichtigten Finanzmaßnahmen, die Deutschlands Zahlungskraft vermindern oder ablenken könnten, vorher Kenntnis geben.

*

Frankreichs strategischer Aufmarsch.

Inzwischen sind die militärischen Vorbereitungen Frankreichs in vollem Gange. Am Dienstag bereits trafen die neueingezogenen Soldaten in den Pariser Kasernen ein. Fast ununterbrochen laufen Züge nach dem Osten, beladen mit Infanterie, Kavallerie und Artillerie. Die neuen Truppen sind in voller Kriegsausrüstung; selbst Gasmasken (!) fehlen nicht. Das französische Hauptquartier am Rhein gibt drei verschiedene Aufgaben der Truppen an: 1. Besetzung des Ruhrbeckens, 2. Bewachung der Zollinie um das Ruhrbecken; die Länge der Grenze beträgt 70 Meilen, 3. Verhütung eines Einmarsches aus dem inneren Deutschland. (!)

Soziales.

‡ **Die Ueberfüllung des Lehrerberufs.** Auf eine Anfrage des preußischen Landtags teilt der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit, daß aus den preußischen Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsan-

stalten abgehen werden: Im Kalenderjahr 1921: etwa 8000 Lehramtsbewerber und etwa 900 Lehramtsbewerberinnen; im Kalenderjahr 1922: etwa 7000 Lehramtsbewerber und etwa 1000 Lehramtsbewerberinnen; im Kalenderjahr 1923: etwa 6000 Lehramtsbewerber und etwa 900 Lehramtsbewerberinnen. In den Zahlen der Lehramtsbewerber sind auch die aus den Sonderlehrgängen für Kriegsseminaristen abgehenden Lehramtsbewerber enthalten.

+ **Der erste internationale Kongreß der christlichen Landarbeiter** fand dieser Tage in Koblenz statt. Vertreten waren die christlichen Landarbeiterverbände Deutschlands, Hollands, Belgiens und Oesterreichs. Es wurde die Gründung eines „Internationalen Bundes der christlichen Landarbeiterverbände" beschlossen und ein vom vorbereitenden Ausschuß des Kongresses vorgelegter Satzungsentwurf mit geringen Abänderungen angenommen. Als 1. Vorsitzender des Bundes wurde der Vorsitzende des deutschen Zentralverbandes der Landarbeiter, Abgeordneter Franz Behrens, gewählt. Als Sitz des Bundes soll der Wohnort des Sekretärs gelten, also Boschvoorde bei Brüssel.

Die kathol. Schulorganisation.

Eltern, heraus!

!! Wenn auch die Bedrängnis von außen uns noch so sehr in Anspruch nimmt, wir dürfen doch die Sorge für die innere Entwicklung keinen Augenblick zurückstellen. Vor allem muß das christliche Volk in seinem ganzen Umfange auf dem Posten sein, um die Bekenntnisschule zu retten. Denn da handelt es sich um Güter von unschätzbarer Bedeutung, um das Heil unserer Kinder, um Ewigkeitswerte in des Wortes vollster Bedeutung. Und deren Sicherung ist jetzt in die Hand des Volkes gelegt. Von dem Wollen und Willen der Eltern hängt es ab, ob der Nachwuchs fortan christlich erzogen wird oder einer unchristlichen Schule anheimfällt.

Das war der Grundgedanke und die Richtlinien für die Tagung, die zum 1. Mai in Hildesheim stattfand. Die katholische Schulorganisation, zu der in weiser Voraussicht schon vor 10 Jahren der Grund gelegt war, sollte dort neu belebt, gekräftigt und erweitert werden gemäß den steigenden Bedürfnissen der Neuzeit. Der schöne Verlauf der Tagung berechtigt zu der Hoffnung, daß der große Zweck erreicht werden wird, nämlich die Mobilmachung der katholischen Volkskräfte zur Rettung der christlichen Schule.

Mehr als 150 Delegierte aus allen Gegenden berieten unter Mitwirkung des Diözesanbischofs und unter der Leitung des hochverdienten Gründers und Vorkämpfers Geheimrat Marx in andauernden geschäftlichen Sitzungen über die neue Satzung der Schulorganisation und über die brennenden Aufgaben, die sich aus dem Umschwung der Rechts- und Machtverhältnisse in der Schulpolitik ergeben. Auch zwei Vertreter des preußischen Kultusministeriums beteiligten sich an den Beratungen. Am Sonntag abend fand dann eine große Elternversammlung statt, in der Landgerichtspräsident Marx aus seiner gründlichen Sachkenntnis, aus seiner reichen Erfahrung und seinem warmen Herzen einen meisterhaften Vortrag hielt über die schulpolitische Lage.

Diese Rede, die volle Klarheit verbreitet über die gegenwärtigen Verhältnisse und Aufgaben in der Schulfrage, muß in jedes katholische Haus hineinklingen und in allen gutgesinnten Herzen den Drang zur Mitarbeit erwecken. In erster Linie bei den Eltern, die auf Ehre und Gewissen verpflichtet sind, für das zeitliche und ewige Heil ihrer Kinder zu sorgen. Dann aber auch bei allen Freunden und Gönnern der Jugend, die als Reichs-, Staats- und Gemeindebürger mitwirken können und sollen zur Rettung der christlichen Schule. Die sämtlichen Kräfte des christlichen Volksteils müssen an die Front; denn nur so ist dem großen Aufgebot der religionsfeindlichen Elemente das Gegengewicht zu halten.

Mit Recht warnte Geheimrat Marx vor dem einschläfernden Irrtum, daß die Schulsachen nach wie vor von oben her erledigt würden und bloß Staat, Kirche und Lehrerschaft angingen. Nein, die neue Verfassung hat einen neuen Machtfaktor an die entscheidende Stelle gesetzt, nämlich die Willensmeinung der Erziehungsberechtigten, kurz gesagt den Elternwillen. Das war der einzige feste Grund, der für den Anker der christlichen Schule noch übrig blieb. Die Reichs- und Staatsgewalten versagten in dieser Hinsicht; dort überwog die Feindschaft gegen die Bekenntnisschule. Das Recht der Kirche war bei der Mehrheit auch nicht zur Geltung zu bringen. Unter den demokratischen Verhältnissen der Neuzeit fand nur das Elternrecht noch etwas Verständnis und Berücksichtigung. Glücklicherweise im Reichstag noch mehr, als in den vielfach kulturkämpferisch gestimmten Einzelstaaten.

So gelang es dem Zentrum, in die Reichsverfassung wenigstens die hochwichtigen Bestimmungen hineinzubringen, daß die Eltern die Erhaltung oder Begründung von Bekenntnisschulen fordern können und daß der konfessionelle Religionsunterricht auch in der Gemeinschaftsschule pflichtmäßiger Unterrichtsgegenstand bleibt. Auf diesem geretteten Grundstein müssen wir weiter bauen, und das gerade ist die hohe und heilige Aufgabe der Eltern und der übrigen Jugendpfleger.

Die Aufgabe erfordert Wachsamkeit, Arbeit und Ausdauer; aber die Pflicht ruft und die Aussicht auf segensreichen Erfolg gibt Mut und Stärke. Um so mehr, je besser die Organisation ausgebaut wird. Deren Grundlage sollen die Elternvereinigungen bilden, die je nach den örtlichen Verhältnissen in den einzelnen Schulsystemen oder in den Pfarreien oder in der Gemeinde sich bilden. Diese Elternvereinigungen werden dann stufenweise zusammengefaßt in Ortsausschüssen, Diözesan- und Bezirksausschüssen. Eine Vertretung von Geistlichkeit, Lehrerschaft und sonstigen Interessenten ist vorgesehen. Der Zentralvorstand für die Organisation ist bereits in Hildesheim gewählt worden, bestehend aus dem altbewährten Führer Marx und elf tüchtigen Mitarbeitern beiderlei Geschlechts. F.N.

Die polnische Aufstandsbewegung.

Das flache Land in der Gewalt der Aufrührer.

Nach den vorliegenden Meldungen ist die Lage im oberschlesischen Abstimmungsgebiet äußerst ernst. Die Verhängung des Belagerungszustandes hatte bis jetzt nur in den großen Städten einigermaßen gewirkt. Die Insurgenten sind in den Städten größtenteils herausgedrängt worden und haben sich auf die Dörfer zurückgezogen, wo sie sich sammeln. Fast sämtliche Ortschaften des Zentralreviers und des Südreviers sind in der Hand der bewaffneten polnischen Aufständischen. Der Eisenbahnverkehr in Oberschlesien ist infolge der Brückensprengungen so gut wie völlig unterbunden. Nur auf wenigen Strecken wird ein notdürftiger Pendelverkehr aufrecht erhalten.

Scharfes Vorgehen der Interalliierten Kommission.

Der derzeitige Vorsitzende der J. A. K., der italienische General de Marini, hat die Zusicherung gegeben, daß er scharf durchgreifen werde und hoffe in drei Tagen den Aufruhr niederzuschlagen. In einer neuen Verordnung gibt er offen die polnische Urheberschaft des Aufstandes zu. In der Bekanntmachung heißt es, von gewissen Elementen der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens seien Gewaltakte verübt worden. Die J. A. K. habe den Belagerungszustand über die vom Aufruhr betroffenen Kreise verhängt und werde vor keiner Maßnahme zurückschrecken, um die Achtung vor dem Gesetz sicherzustellen.

Der General der in Beuthen stationierten französischen Brigade erklärte den deutschen Parteiführern, die Besatzungstruppen seien durch den Aufstand völlig überrascht worden. Nunmehr würden energische Maßnahmen ergriffen werden, um einem neuen Aufflackern des Putsches vorzubeugen.

Zu den neuen Ereignissen in Oberschlesien

Ein polnisches Ultimatum in Kattowitz.

Der französische Kreiskontrolleur von Kattowitz Stadt hat den deutschen Gewerkschaftsvertretern gegenüber erklärt, daß Kattowitz nicht noch einmal [illegible] werden würde. Der Befehlshaber der polnischen Banden habe an den französischen Oberst Ardison ein Ultimatum gerichtet, in dem er ihn auffordert, die französischen Truppen sofort aus Kattowitz herauszuziehen. Oberst Ardison hat darauf ein Gegenultimatum gestellt, in dem er dem polnischen Bandenführer erklärte, daß bei einem abermaligen Einrücken der polnischen Insurgenten rücksichtslos von der Waffe Gebrauch gemacht werden würde. Darauf verließen die Aufrührer die Stadt.

Schwere Kämpfe im Kreise Pleß.

Nach mit Vorbehalt wiedergegebenen Meldungen haben die italienischen Truppen bei ihrem Vorgehen gegen die Insurgenten in den Kreisen Rybnik und Pleß größere Verluste erlitten. Im Kreise Pleß wurde der Kommandeur der italienischen Truppen, ein Major, durch die Brust geschossen und im Kreise Lublinitz sind zwei italienische Offiziere auf offener Landstraße ermordet worden. Der Stadt- und Landkreis Pleß sind mit Ausnahme von einigen Ortschaften von den Putschisten geräumt.

Auch in den Kreisen Lublinitz, Königshütte und Gleiwitz, in denen der Belagerungszustand bisher noch nicht verhängt worden ist, ist die Lage sehr ernst anzusehen. Der Landkreis Gleiwitz ist vollständig in den Händen der Aufständischen, desgleichen einige Vororte von Gleiwitz. Auch in Radzionkau haben die Insurgenten sich festgesetzt. Einzelne Teile der Stadt Hindenburg befinden sich in polnischer Hand. Die Truppen der Interalliierten Kommission halten den Bahnhof, die Post und das Landratsamt besetzt. Die Abstimmungspolizei in Hindenburg ist entwaffnet worden und zum Teil verschleppt. Aus den Städten Kattowitz, Beuthen und Tarnowitz sind die Aufständischen nach heftigen Kämpfen vertrieben worden.

Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

Er lag lang ausgestreckt auf der Chaiselongue, rauchte und las den „Gil Blas", als seine alte Wirtschafterin ihm die Meldung machte, daß eine junge Dame den Herrn Baron zu sprechen wünsche, Fräulein Berta.

„Ich lasse bitten."

Saza richtete sich auf und ging Berta, die mit einer leichten Verbeugung das Zimmer betrat, freundlich entgegen.

„Also endlich! Ich hatte die Hoffnung beinahe schon aufgegeben."

Er drückte ihr die Hand und bot ihr einen Sessel an.

„Ja, Herr Baron", nahm Berta das Wort. „Ich habe mich dazu entschlossen, Ihr Anerbieten anzunehmen. Sie können sich ja denken, daß ich mich habe besinnen müssen, bei einem einzelnen Herrn . . . nicht wahr?"

„Nichts begreiflicher als das!" bemerkte Saza lächelnd.

„Nein, ohne Spaß!" entgegnete Berta, die das Lächeln sehr wohl verstand. „Und ich verlasse mich darauf, daß der Herr Baron das Vertrauen eines anständigen Mädchens nicht täuschen werden."

„Aber natürlich!" versetzte Saza noch immer lächelnd, während er Bertas Wangen klopfte. „Vor allem legen Sie ab und setzen Sie sich gemütlich zu mir! Wir haben ja noch allerlei zu besprechen und zu regeln. Wir werden uns ohne Schwierigkeiten einigen."

„Das glaube ich auch", sagte Berta, indem sie ihren Schirm auf das niedrige Tischchen neben der Chaiselongue legte und die Schleife ihres Hutbandes löste. „Aber ehe wir von unseren Angelegenheiten sprechen, möchte ich in einer Privatsache mit Ihnen reden und Ihren guten Rat hören."

„Gern mein Kind, setzen Sie sich nur . . . hier in meine Nähe . . . so! Und nun sagen Sie mir, was Sie auf dem Herzen haben."

„Vor allem eine Frage, Herr Baron: Darf ich mich auf Ihre völlige Verschwiegenheit verlassen?"

„Selbstverständlich!"

„Sie werden kein Wort darüber in die Zeitung bringen?"

„Nicht ein Wort, wenn Sie es wünschen."

„Nun, Herr Baron, ich habe eine Forderung an eine vornehme Dame, die mir jetzt bestritten wird."

„Was für eine Forderung?"

„Eine Entschädigung für erlittenes Unrecht! Ich bin durch eine vornehme Dame ins Unglück geraten. Da ist es doch nicht mehr als recht und billig, daß sie mich dafür schadlos hält und mir in meiner Not zur Seite steht?"

„Ganz in der Ordnung! Aber wenn ich Ihnen helfen soll, müssen Sie sich etwas deutlicher ausdrücken, mein Kind!"

„Nun . . . der Herr Baron haben ohne Zweifel von dem Isenecksschen Diebstahl gehört?"

Saza machte eine Bewegung.

„Vom Isenecksschen Diebstahl? Kein Wort! Aber die Sache interessiert mich. Ich kenne die Familie. Mit der Gräfin bin ich sogar ziemlich nahe verwandt. Isenecks sind bestohlen worden? Wann denn?"

„Ach, es ist schon ziemlich lange her, über drei und ein halbes Jahr. Es war in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember 1879."

„So, so!"

Der Baron nickte nun verständnisvoll. Das Datum war in seinem Leben bedeutungsvoll gewesen. Am 22. Dezember 1879 war er als Mitinhaber der Firma Sparber und v. Saza zu sechsmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt worden. Er hatte die Strafe sofort antreten müssen und auf die Dauer eines halben Jahres jeden Zusammenhang mit der Außenwelt verloren. Unmittelbar nach Verbüßung seiner Strafe hatte er das Gebiet des Deutschen Reiches verlassen, und somit war es ganz natürlich, daß er weder von dem Diebstahl, noch von dem im Frühling 1880 verhandelten Prozeß etwas erfahren hatte.

„So, so!" wiederholte er. „Am 22. Dezember 1879? Gerade an dem Tage habe ich Berlin verlassen, um eine größere Reise anzutreten, und während meiner Abwesenheit habe ich mich um das, was hier geschehen ist, gar nicht gekümmert! Wie war denn die Sache?"

„Ich erzähle Ihnen später alle Einzelheiten. Genug, durch einen unglücklichen Zufall bin ich darin verwickelt worden. Ich habe drei Jahre unschuldig im Gefängnis gesessen! Unschuldig, ich schwöre es Ihnen, Herr Baron!"

„Beruhigen Sie sich nur, armes Kind! Ich werde schon dafür sorgen, daß Ihnen nachträglich die verdiente Genugtuung gewährt wird!"

Berta war aber nicht so leicht zu beruhigen. Der Baron mußte ihr noch viel gute Worte sagen und ihr durch seine herzliche Teilnahme bekunden, daß sie an ihm einen wirklichen Freund gefunden hatte. Endlich trocknete sie ihre Tränen und entschloß sich, auf freundliches Zureden des Freiherrn, in ihrem Bericht fortzufahren.

„Ich war zu der Zeit Kammerjungfer bei der Frau Gräfin. Ich hatte schon längst gemerkt, daß etwas nicht stimmte, und ich hatte auch beobachtet, daß, wenn der Herr Präsident verreist war, und die Frau Gräfin im Parkzimmer allein schlief, manchmal Besuch kam. In der Nacht, in der eingebrochen wurde, wurde ich durch das Bellen des Hundes aufmerksam gemacht. Ich dachte nicht anders, als daß der Frau Gräfin ein Unglück zugestoßen sei. Ich ging vorsichtig nach hinten, und da sah ich denselben Herrn, den ich schon früher gesehen, durch den Park in das Zimmer schleichen."

„Das war der Dieb?"

„Nein! Es traf sich zufällig so, daß der Besitzer zur Frau Gräfin kam, während eingebrochen wurde."

„Weiter, weiter! Das ist ja spaßhaft!"

„Der Diebstahl war in Gemeinschaft mit einem anderen vom Kammerdiener verübt worden. Unglücklicherweise war ich mit dem Kammerdiener, den ich für einen anständigen Menschen gehalten hatte, verlobt. Ich wurde als verdächtig verhaftet, und da ich meine Unschuld nicht nachweisen konnte — wie sollte man denn so etwas beweisen, nicht wahr? — wurde ich urteilt. Wenn ich damals vor den Richtern gesagt hätte, ich kann's gar nicht gewesen sein, ich war zur selben Zeit oben im ersten Stock im Parkfenster und habe da jemand gesehen, dann wäre alles anders gekommen. Aber ich wollte meine Herrin nicht bloßstellen, und um ihre Ehre zu retten, habe ich mich verurteilen lassen und drei Jahre gesessen!"

Berta wurde bei der schmerzlichen Erinnerung an ihre Großmut und ihr unverdientes Leiden wieder von Rührung überwältigt.

„Nun bin ich eine bestrafte Diebin, und wo kann ich jetzt noch für Stellungen finden? Allenfalls bei einer leichtsinnigen Französin, bei der es ein anständiges Mädchen nicht aushält! . . . Was würde denn aus mir werden, wenn ich nicht in Ihnen einen guten Freund gefunden hätte!"

Sie schluchzte wiederum und lehnte ihr tränenüberströmtes Antlitz an die Brust des trostreichen Helfers.

„Sei nur ruhig, mein Kind!" beschwichtigte sie Saza. „Du sollst sehen, daß du in mir einen Freund gefunden hast . . . Fahre nur fort!"

„Als ich aus dem Gefängnis entlassen worden war, schrieb ich an die Frau Gräfin, schilderte ihr meine große Not, in die ich durch sie geraten war, und bat sie um eine Unterstützung . . ."

„Nun und . . .?"

„Sie schickte mir fünfhundert Mark!"

„Anerkannte also die Berechtigung deiner Forderung?! Das ist wichtig! Also weiter!"

Programm
des
Ersten Diözesan-Katholikentages
zu Paderborn vom 21. bis 24. Mai 1921.

Sonnabend, den 21. Mai

6 bis 7 Uhr abends: Feierliches Glockengeläute von allen Kirchen der Stadt.

7 bis 8 Uhr abens: Turmblasen von der Herz Jesu- und Marktkirche.

8.30 Uhr abends: Gemütliches Beisammensein zur Begrüßung der bereits anwesenden Delegierten im Bürger-verein.

Sonntag, den 22. Mai

8.15 Uhr vormitags: Pontifikalamt zur Anrufung des Heiligen Geistes im Hohen Dom.

10 Uhr vormittags: Erste geschlossene Delegiertenversammlung im Rathaussaal. Wahl des Vorstandes der Katholikenversammlung.

11.15 Uhr vormittags: Oeffentliche Versammlungen in der Volkshalle, im Kaiserhof und im Bürgerverein. Thema: Der deutsche Katholizismus in der Gegenwart.

3 Uhr nachmittags: Festzug der katholischen Männer und Jünglinge nach Standesvereinen geordnet, mit Bischofshuldigung vor dem Rathaus. Im Anschluß hieran gegen

5 Uhr: Oeffentliche Männerversammlung auf dem Schützenplatz. Thema: Hermann von Mallinckrodt zum Gedächtnis.

4.30 Uhr: Oeffentliche Frauenversammlung in der Volkshalle und im Kaiserhof. Thema: Frauenwürde.

8 Uhr abends: Standesversammlungen:
1. Akademiker-Verein im Bürgerverein,
2. Arbeitervereine im Kaiserhof.
3. Handwerkervereine im Gesellenhaus.
4. Kath. kaufm. Vereine im Rathaussaal.
5. Kath. Lehrer-Versammlung im Knabenseminar.
6. Männliche Jugendvereine in der Volkshalle.

Montag, den 23. Mai.

8 Uhr vormittags: Stille heilige Messe des Hochwst. Herrn Weihbischofs im Hohen Dom in der Meinung des Bonifatiusvereins.

9 bis 12 Uhr vorm: Sitzung der Ausschüsse im Kaiserhof.

3 Uhr nachmittags: Oeffentliche Frauenversammlung in der Volkshalle. Thema: Die katholische Frau im öffentlichen Leben.

5 Uhr nachmittags: Zweite geschlossene Delegiertenversammlung

6 Uhr abends: Oeffentliche Versammlung in der Volkshalle. Thema: Katholizismus und sittliche Erneuerung.

8.30 Uhr abends: Gemütliches Beisammensein im Bürgerverein und Kaiserhof.

Dienstag, den 24. Mai

8 Uhr morgens: Feierliches Requiem mit Pontifikal-Assistenz für die gefallenen Krieger der Diözese im Hohen Dom.

9 Uhr vormittags: Sitzungen der Ausschüsse für Schule und Jugendpflege.

11 Uhr vormittags: Dritte geschlossene Delegiertenversammlung im Kaiserhof.

4 Uhr nachmittags: Oeffentliche Versammlung in der Volkshalle. Thema: Katholisches Familienleben.

Bemerkungen zum Programm.

1. Es sind zu richten:
   a) Anfragen und Mitteilungen allgemeinen Inhalts an den Vorsitzenden des Lokalkomitees, Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Schultz, Paderborn, Königstraße 30;
   b) Anträge, die bei den Versammlungen zur Beratung kommen sollen, an den Vorsitzenden der Rednerkommission, Herrn Domkapitular Gabriel, Paderborn, Kl. Domplatz;
   c) Anmeldungen von Teilnehmern und Geldsendungen für die vorher zu versendenden Karten an den Vorsitzenden der Anmelde- und Finanzkommission, Herrn Kaufmann Joseph Wegener, Paderborn, Bahnhofstraße;
   d) Wohnungsgesuche, die nur berücksichtigt werden können, wenn die Anmeldung als Teilnehmer erfolgt, an den Vorsitzenden der Wohnungskommission, Herrn Caritas-Sekretär Dr. Brückling, Paderborn, Kampstraße.

2. Die Büros der Anmelde-, Finanz-, Wohnungs- und der Altarkommission befinden sich während der Katholikenversammlung in der Kreissparkasse, Schildern. Sie sind geöffnet am Sonnabend von 3 Uhr nachmittags, am Sonntag und an den folgenden Tagen von vormittags 8 Uhr jedesmal bis abends 7 Uhr. Dort werden auch sämtliche Karten ausgegeben.

3. Folgende Karten werden ausgegeben:
   a) Die Teilnehmerkarte zu 10 Mark; sie berechtigt zur Teilnahme an allen Versammlungen, dagegen nicht zur Teilnahme an den Delegierten-Versammlungen.
   b) Die Tageskarte; sie berechtigt zum Besuch der an dem Tage, für den sie gelöst ist, stattfindenden Versammlungen und Ausschußsitzungen, Preis für Sonntag 5 Mark, für Montag und Dienstag je 3 Mark.

4. Als Festabzeichen wird eine geprägte Medaille mit dem Diözesan-Wappen zum Preise von 1.50 Mark ausgegeben.

5. Die Teilnehmer- und Zuschlagskarten für reservierte Plätze werden auf Wunsch gegen Einsendung von 1.80 Mark vorher versandt. Im übrigen werden die Karten in dem Büro der Anmelde- und Finanzkommission ausgegeben.

Gottesdienstordnung
in der kath. Pfarrkirche zu Steinheim.

Sonntag, den 8. Mai 1921. (Kirchweihfest)

Kollekte für das Franziskanerkloster in Paderborn

Vormittags 6.30 Uhr: Hlg. Messe.
7.30 Uhr: Frühmesse. Gemeinschaftliche hl. Kommunion des eucharist. Männerapostolats und Generalkommunion der Jungfrauen-Congregation (Medaille)
10 Uhr: Hochamt mit Segen.

Nachmittags 2 Uhr: Maiandacht und Andacht zum Hlg. Geiste.
3.30 Uhr: Kirchliche Kundgebung der Jungfrauen-Congregation für „Frauenwürde und reine Sitte". Weihe an die Immaculata. Tedeum. Segen. — Auch die Mütter werden zu dieser Feier eingeladen.

NB.) Ein Franziskanerpater ist zum Beichthören hier.

Leinölfirniss
doppelt gekocht, garantiert rein
Lacke • Farben • Pinsel
sowie sämtliche im Fach vorkommenden Materialien in nur selbst ausprobierten hochwertigen Qualitäten.
Anton Nöltker, Steinheim.
früher Karl Nöltker
Marktstraße 12. Malermeister Marktstraße 12.

Kleider- und Blusen-Seide
Grosse Auswahl
Crepe de Chine, Eolienne
in allen Farben
Mousseline und Voile
in aparten Mustern
W. M. Pott, Steinheim.

Lichtspiele
im Hotel zur Krone
Sonntag, den 8. Mai 1921
Abends um 8 Uhr:
Der am Donnerstag erwartete Film
Die Sonne bringt es an den Tag.
Abenteuer-Film in 4 Akten von Leopold Bauer mit Charly Bill.
- - Doppelt verankert - -
Lustspiel, verfaßt und inszeniert von Frieda Wolff.
Regie William Werner.

Ein Paar schwere **Herren-Schnürschuhe** preiswert zu verkaufen. Von wem, sagt die Geschäftsstelle.

Radfahrer-Club „All Heil"
Heute Abend 8.30 Uhr
im Vereinslokal (C. Lödige)
- Versammlung -
Tages-Ordnung:
1. Besprechung über das morgen stattfindende Rennen.
2. Beschaffung von Sportanzügen.
3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Ein gut erhaltener offener
Holzschuppen
80 Meter lang, **16** Meter breit, Firsthöhe **9** Meter. Dachdeckung sehr gute, schwarze Doppelfalzziegel, geeignet für Landwirte, Ziegeleien etc. ist im ganzen oder auch geteilt zu verkaufen. Der Schuppen enthält ca. 220 cbm Tannholz und gegen 25 000 Ziegeln. Interessenten wollen sich melden beim Bauamt des Westfälischen Bauernvereins Paderborn, Rosenstraße 10, oder an den Sonntagen bei Archit. Franz Hoppe, Steinheim, Hospitalstraße 318 b.

Angekommen: Terrahe's Heilseife, Schmidt'sche Schuhkreme-große Dosen 3 Mark, Milchsiebe, Milcheimer, Milchseihen, Ziegenketten, eiserne Harken extra stark handgeschmiedete, Grünschneideladen extra stark, Sicheln prima Stahl. Prima Pflanzbohnen billigst im
Edeka-Geschäft von Johann Hansmann.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

[*] Steinheim, 7. Mai.

*— **Kirchliches.** Wie bereits mitgeteilt, findet Sonntag den 8. Mai in allen Jungfrauenvereinigungen Deutschlands eine kirchliche Kundgebung für „Frauenwürde und reine Sitte" statt. Der Morgen des Tages wird darum auch hier alle Jungfrauen am Tische des Herrn sehen, zum feierlichen Bekenntnis, daß dort die tiefsten Quellen ihrer sittlichen Kraft und ihre weltüberwindende Reinheit ruhen. Am Nachmittag werden sie in der kirchlichen Versammlung um 1/4 4 Uhr ihre Weihe an Maria erneuern mit dem Gelöbnis:

Unsere jungfräuliche Würde und Reinheit soll uns über alles heilig sein!
Wir treten mutig entgegen jeder Sittenlosigkeit und Gemeinheit.
Wir gehen mit Verachtung vorüber an jedem schlechten Theater, Kino, Buch und Bild.
Wir beugen uns nicht vor der Tyrannei einer sittenlosen Mode.
Wir lassen uns nicht mitreißen von dem Taumel einer sinnlosen Vergnügungssucht.
Wir wollen echte Kongreganistinnen, treue Kinder der reinsten Jungfrau und Gottesmutter sein!

Die Bedeutung dieser Kundgebung für die Hebung der Volkssittlichkeit und damit die Rettung des Volkes aus seinem tiefsten Elende darf recht hoch gewertet werden. Mögen sich unsere katholischen Jungfrauen dieser ihrer Aufgabe und Verantwortung in Zukunft stets bewußt bleiben! Mögen darum alle Mitglieder unserer Kongregation an der Feier am nächsten Sonntag teilnehmen!

*— Wir verweisen auf die Anzeige des Bauamtes des Westfälischen Bauernvereins, Abt. Paderborn, Rosenstraße 10, Fernruf 30. Dasselbe übernimmt die Ausarbeitung der Pläne und Bauleitung aller nur vorkommenden Bauarbeiten. Alle Baustoffe und Geräte werden zu Großhandelspreisen geliefert. Rat und Auskunft in Bauangelegenheiten wird kostenfrei erteilt. In Steinheim gibt Herr Architekt Franz Hoppe, Hospitalstraße 318 b an den Sonntagen jede gewünschte Auskunft.

*— **Bauernregeln.** Der Landmann wünscht sich den Mai feucht und kühl, denn „Mai kühl und naß — füllt dem Bauern Scheun' und Faß", oder „Kühler Mai — gibt Korn und Heu", bezw. „Maienregen auf die Saaten — bringt uns Segen und Dukaten". Andererseits gibt es auch Bauernregeln, die einem trockenen Mai gute Folgen nachsagen, denn „Walpurgistaub und Sonnenschein — bringen viel Heu und Korn und Wein." Allgemein verbreitet ist die Auffassung, daß die Maiengewitter die Vorboten eines fruchtbaren Jahres sind.

*— **Rolfzen,** 7. Mai. Dem Schulamtsbewerber, Herrn Weber aus Altenbeken, ist die durch den Tod des Herrn Lehrers Pott erledigte Lehrerstelle vertretungsweise übertragen.

*— **Brakel,** 6. Mai. Eines außergewöhnlichen Zuspruchs hatte sich der letzte Viehmarkt zu erfreuen. In großer Anzahl waren Ferkel angefahren; es kosteten 6wöchige Tiere 140 bis 160 Mark und kleinere gingen auch schon billiger ab.

*— **Lichtspiele.** Der am Christi Himmelfahrtstage erwartete Film „Die Sonne bringt es an den Tag" wird morgen abend bestimmt vorgeführt.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 3. Mai.

Amerikas Absag

Nach Erledigung der üblichen kleinen Anfragen macht der Präsident Löbe auf Wunsch der Regierung dem Hause Mitteilung von der Antwortnote der amerikanischen Regierung auf das deutsche Reparationsprogramm. In dem Schreiben heißt es u. a.:

Die Washingtoner Regierung erklärt, daß sie sich außerstande findet, zu dem Entschluß zu gelangen, daß diese Vorschläge eine für die Alliierten annehmbare Grundlage der Erörterung bilden. Die Regierung drückt daher wiederholt ihren ernsten Wunsch nach rascher Regelung dieser Lebensfrage aus und legt nahe, den Alliierten sofort klare, bestimmte und zweckentsprechende Vorschläge unmittelbar zu machen, die in jeder Beziehung den Verpflichtungen Deutschlands gerecht werden.

Nach Verlesung der Note beantragt Abg. **Ledebour** (U. S.) Besprechung dieser Erklärung. Die Regierung müsse sofort eine Erklärung abgeben, damit wir nicht wieder vor unabänderliche Tatsachen gestellt werden.

Der Präsident entgegnet darauf, der Vertreter des Reichskanzlers habe ihm in sehr bestimmter Form mitgeteilt, daß die Regierung im Augenblick nicht in der Lage ist, eine Erklärung zur Note abzugeben oder in eine Besprechung einzutreten. Der Reichsminister des Aeußeren habe dagegen den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses gebeten, am Mittwoch eine Sitzung des Ausschusses abzuhalten.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Ledebour auf sofortige Besprechung der Note gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Behebung der Erwerbslosigkeit.

Es folgt die Beratung eines Antrages **Müller-Franken** (Soz.) und **Aberhold** (U. S.) betr. Behebung der Erwerbslosigkeit.

Präsident **Löbe** bittet die Redner, angesichts der ganzen politischen Lage sich doch möglichst kurz zu fassen.

Abg. **Kahmann** (Soz.): Das allgemeine Interesse ist jetzt auf die auswärtige Lage gerichtet. Trotzdem müssen wir uns eingehend mit der Erwerbslosenfürsorge beschäftigen. Wir lehnen die Verelendungstheorie ab, aber auch die gewaltsame Besetzung der Betriebe. Eine halbe Million Menschen sind jetzt arbeitslos.

Rücktritt d. Reichskabinetts.

Berlin, 6. Mai. Mit Rücksicht auf die durch die Antwortnote der Vereinigten Staaten geschaffene politische Lage beschloß das Kabinet heute einstimmig seinen Rücktritt. Der Reichskanzler begab sich abends zum Reichspräsidenten, um ihm den entschluß des Kabinetts mitzuteilen; der Reichspräsident bat das Kabinett, die Geschäfte weiter zu führen.

PREISWERTE ANGEBOTE für das PFINGSTFEST!

= Frühjahrs-Paletots =
Moderne Phantasie-Stoffe
265, 295, 385 Mark.

- Seidene Mäntel -
425, 525. 650 Mark.

- Voile-Kleider für Damen -
weiß und farbig
95, 110, 175 Mark.

- Voile-Blusen -
weiß und farbig
39, 45, 75 Mark und höher.

- Kinder-Kleider -
Battist, Musseline, Voile
38, 50, 65, 85 Mark.

= Weißer Voile =
glatt und bestickt
Meter 22, 35, 45 Mark.

= Damen-Strümpfe =
Baumw. gewebt, 7.50, 9.50, 15.00 Mark.
Farben schwarz, braun, grau, weiß.

- Damen-Strümpfe -
Flor gewebt, 24, 29, 38 Mark.

- Kinder-Söckchen -
Baumwolle farbig
6.50 10.— 15.— Mark.

= Damen-Handschuhe =
schwarz und farbig alle Größen
12.50, 16.—, 24.— Mark.

= Damen-Festonröcke =
und Prinzeßröcke
53, 58, 85 Mark.

= Corsetten und Untertaillen =
35, 45, 85 Mark.
Kinder-Corsetten, 15, 20, 25 Mark.

= Herren-Bekleidung =
Sacko-Anzug, neueste Fassons
550, 650, 750 Mark.

Gummi- und Sport-Mäntel
375, 450, 550 Mark.

Oberhemden, weiß und farbig
75, 85, 95 Mark.
Gürtelwesten und Stutzen.

- Sporthemden und Kragen -
38, 45, 55, 6.50 7.50 Mark.
Strickbinder, 12, 15, 18, Mk.

= Herren-Matelothüte -
in verschiedenen Geflechten.
35, 40, 45, 55 Mark.

Herren-Stepp- und Velour-Hüte
39, 45, 75, 95, 150 Mark.

Damen-Strickjacken und Sportjacken in grosser Auswahl.

= Ungebleichter Nessel =
Meter 6.85, 7.50, 8.50 Mark.

Carl Herzfeld
Steinheim i. Westf.

- Bett-Kattune -
12.50, 14.00, 16.50 Mark.

MAGGI's Würze
in
Originalflaschen Nr. 6
besonders vorteilhaft. Man füllt daraus das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach und hat ausser Geldersparnis auch noch die
Garantie der Echtheit!
Achtung
auf unversehrten Plombenverschluss.

Weiss emailliert. Milch-Eimer
mit Deckel wieder vorrätig.
E. Wegesin, Steinheim i. Westf.
Pyrmonter-Straße — Fernsprecher Nr. 77.

- Stroh - abzugeben.
Ismar, Vorder-Eichholz.

Gastspiel erster Schauspielkräfte des Landestheaters in Detmold.

Am Montag, den 9. Mai 1921
Abends um 8 Uhr
(Kassenöffnung eine Stunde früher)
im Saale des Herrn Ferd. Hillebrandt in Steinheim:

Die Haubenlerche.

Schauspiel in 4 Akten von Ernst v. Wildenbach.
Spielleitung: Herr Pustar.

Personen:

August Langenthal, Fabrikant	Herr Rings
Hermann, sein Halbbruder	Herr Krausbauer
Juliane, deren Cousine	Frl. Güldener
Ale	Herr Horand
Frau Schmalenbach, seine Schwester	Frau Horand
Lene, ihre Tochter	Frl. Reinhardt
Ilefeld, Büttgeselle	Herr Pustar

1000 Trikotnormalhemden starke Ware, Hals- u. Armbündchen aus gutem Normalstoff, Angabe der Halsweite erforderlich Mk. 30.— das Stück, Probesendung 2 Stück gegen Nachnahm.

1000 Haus- u. Wirtschaftsschürzen einfarbig, gute Ware, Zellstoff Mk. 6,50 das Stück, Probesendung 6 Stück gegen Nachnahme.

3000 große Trägerschürzen mit Tasche Blaudruck und glattblau Zellstoff Mark 8,50 d. Stück, Probesendung 6 Stück gegen Nachnahme.

1000 Kinderschürzen für das Alter von 1—5 Jahren mit Bordenbesätzen Mark 3,50 das Stück, Probesendung 6 Stück gegen Nachnahme.

2000 große Männerschürzen (Feuerschürzen) ganz fester, starker Zellstoff, Mk. 8,50 das Stück Probesendung 2 Stück gegen Nachnahme.

1000 Bett-Strohsäcke haltbarer Zellstoff Mk. 15.— das Stück, Probesendung 2 Stück gegen Nachnahme.

1000 Paar Hosenträger Nr. 94a feste, haltbare Qualität Mk 2.75 das Paar, Nr. 94 gute Ausführung mit elast Teilen, feste Gurte Mk. 3.75 das Paar, Probesendung 2 Paar gegen Nachnahme

1000 Paar Männersocken grau schwere haltbare Arbeitsqualität Mark 7,50 das Paar, Probesendung 3 Paar gegen Nachnahme.

2000 große Küchenhandtücher Halbleinen, gemischt, vorzügliche Qualität ca. 50 mal 1000 cm. dunkelgrau karriert gesäumt und mit Henkel Mark 8,50 das Stück, Probesendung 6 Stück gegen Nachnahme.

10 000 große Säcke geeignet für Kartoffeln, Futtermittel, Getreide, Masse usw. Nummer 906, ca 48 mal 120 cm. Mark 6,50 das Stück, starkfähdiger Zellstoff, Nummer 23 ca. 48 mal 120 cm. Mark 7.— das Stück haltbarer Zellstoff. Probesendung 6 Stück gegen Nachnahme

2000 Paar Wickelgamaschen feldgrau, fester Zellstoff Mark 4.50 das Paar Probesendung von 2 Paar geg. Nachn.

1000 Rucksäcke für schwere Lasten Nr. A, ca. 50 mal 60 cm. grüner fester Zellstoff mit Regenschutzklappe und Außentasche, Lederkappen Mark 15 das Stück, Probesendung 2 Stück gegen Nachnahme.

500 Rucksäcke Nr. B, feldgrau, guter Zellstoff mit Regenschutzklappe Mk. 8,50 das Stück Probesendung 1 Stück gegen Nachnahme.

1000 Einkaufstaschen Markttaschen, Damentaschen Zugbeutel usw. Probesendung enthaltend 3 Stück zusammen Mk. 7,50 geg. Nachn.

300 extraf. vernickelte Präzisions-Rasierapparate in gefüttertem Etui, mit 3 Reserveklingen, nur solange Vorrat komplett Mark 10 das Stück gegen Nachnahme.

1000 Paar Lederschuhriemen Ia Qual. 1 Meter lang Mark 1,50 das Paar Probesendung 6 Paar gegen Nachnahme

ca. 2000 Aluminium Eßlöffel und Eßgabeln 90 proz. garantiert rein Aluminium geschliffen und poliert Mk. 1,65 das Stück. Probesendung je 6 Stück gegen Nachnahme.

1000 Aluminium-Kaffeelöffel Mk. 0.90 das Stück, Probesendung 12 Stück gegen Nachnahme.

1000 große bunte Taschentücher Vorzüglich in der Wäsche, ca. 45 mal 45 cm., Mk. 5.50 das Stück Probesendung 6 Stück gegen Nachnahme.

ca. 1000 Tabakspfeifen Nr. 17, große Schlagpfeife, Ia Hartholz, Hartgummimundstück, auswechselbar, Nikotinfänger zum Abnehmen mit Deckel 8.00 Mk. das Stück, Nr. 18, halblange Pfeife, Ia Hartholz, Hornmundstück, Schlauchzwischenstück, schöne Beschläge, mit Deckel Mk. 9.75 das Stück, Probesendung 2 Stück gegen Nachnahme.

Probesendungen werden wie oben angegeben an Jedermann verschickt.

Mechanische Industrie-Nähere
Coburg 630, Ed. Schmidt
Schliessfach 8.

Bauamt des Westfälischen Bauernvereins
Fernruf 30 Abtlg. Paderborn Rosenstr. 10.

A. Hochbauabteilung:
Bearbeitung aller Fragen des ländlichen Bau- und Kleinwohnungswesens.

B. Tief- u. Wasserbauabteilung:
Ent- und Bewässerungen, Meliorationen, Brunnenbau usw.

C. Vermessungsabteilung:
Landesvermessungen, Grenzregulierungen, Teilungen usw.

Sämtliche **Kohl- und Zwiebel-Pflanzen** in bester Ware vorrätig:
Gärtnerei Franz Hörning.

Bekanntmachung!

Für den Bezug von Butter werden am Dienstag vormittag auf dem Lebensmittelbüro Marken ausgegeben und zwar:

von 8 — 9 Uhr	für die Hausnummern	1—100
von 9 —10	"	101—200
von 10—11	"	201—300
von 11—12	"	301—400
von 12— 1	"	401—Schluß.

Auch findet zur selben Zeit die Ausgabe von Zuckermarken statt.

Steinheim, den 2. Mai 1921.
Der Bürgermeister. J. V.: Reinert.

Durch neuzeitige Einrichtung bin ich jetzt in der Lage Reparaturen an Pflügen usw. sachgemäß und sofort auszuführen.
Ersatzteile stets vorhanden.
Jos. Bunte, Schmiedemeister.